

Bauernweckblatt

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3.- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 52 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 26. Dezember 1931

Weihnachten trotz Not

Fast möchte es scheinen, als ob das Gespenst der Not seine Arme ausstrecken wollte, um dem Wort **Weihnacht** all den Zauber und die Freude abzureißen, mit dem es seit Jahrhunderten umgeben ist. Diese Vorfreude des Schenkenwollens, diese innere Nachfreude des Beschenktseins, die im Schenken liegende Liebe und das jährlich nur einmalige Recht des Erwachsenen, kindlich-freudig erwarten und nachleben zu dürfen. Kaum vermag man zu glauben, daß Not und Gram überstrahlt werden können von den Lichtern des Christbaumes. Besonders trostlos sieht diese Weihnachten in den Arbeiterfamilien aus, in denen der Verdienst seit Monaten, ja teilweise sogar seit Jahren fehlt und nur mit kärglichen Unterstützungsbeträgen der allernotwendigsten Lebensunterhalt bestritten werden muß. Die jeßliche Not der inneren Leere wird sich besonders dort bemerkbar machen, wo man das Weihnachtsfest seines eigentlichen Sinnes entkleidet hat und es herabwürdigte zu einem rein irdischen Fest. Dadurch ist es oft zu einem Fest der Reichen geworden, die mit einem üppigen Gabentempel die Krippe ersetzen.

Und doch war **Weihnachten** ursprünglich das Fest der Armen. Als der Vermittler der Armen wurde der Gottmensch in der heiligen Nacht geboren. Arm waren Maria und Joseph, so arm, daß ihr Kindlein in eines Hirten Stall zur Erde kam. Den ersten Liebesdienst empfing das Christkind von armen Hirten. Sie waren es, die ihm die erste Anbetung zollten.

Ungeachtet um die äußeren Verhältnisse der Zeiten feiern wir Christen von Jahr zu Jahr das Fest Christi Geburt. Geistig unbeeinträchtigt von bösen wie von guten Zeiten. Die vielfältigen Weihnachtslieder — edelstes Kulturgut — ein Blumenkranz des Weihnachtsfestkreises, schaffen mehr wie „Stimmung“, sie stärken den Glauben! Mögen Märkler kommen und dem historischen Sinn und Werden des Weihnachtsfestes nachspüren, mögen sie es ableiten von Wotankultur oder Sonnenwendfeiern, wir wissen, daß es die Wiederkehr der „heiligen Nacht“ ist, da die Friedensbotschaft verkündet wurde, allen in Ost und West, in Nord und Süd, für alle Zeiten, für alle Zonen!

Trotz aller Not nehmen wir christlichen Arbeiter lebendigen Anteil am Geschehen der heiligen Nacht. Wir stellen das geistige Wunder über die irdischen Gaben, um die Weihnachtsbotschaft in unsere Herzen aufzunehmen. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ist ja nicht nur geboren aus dem Willen heraus, die Religion im wirtschaftlichen Streben nicht zu verlieren und sich ihrer nicht zu entfremden, sondern um auch ihr oberstes Gesetz, die Verpflichtung gegen den Mitmenschen auch im Wirtschaftsleben wieder zur Geltung zu bringen. Was wäre uns die Religion, wenn nicht die Verheißung, daß Gottes eigener Sohn hinabsteige zur Erde, um

Mensch zu werden, wahr geworden wäre. So gibt Weihnachten für uns den Untergrund für unser soziales Wirken und unsere geistige Grundeinstellung ab.

Weil dem so ist, deshalb der Kampf der Gottlosen gegen unsere Weihnacht. Sie verstehen es, gegen den äußeren Rahmen des Weihnachtsfestes anzukämpfen und wollen doch damit den geistigen Inhalt treffen. Der Kulturliberalismus derer vom Besitz hat Jahrzehnte in diesem Sinne gewühlt. Einen wilden Ansturm entfaltet heute der Kommunismus gegen das Weihnachtsfest. Auch er weiß, daß, wenn er die zeitlichen Meilensteine des Christentums, wie seine Feste es sind, vernichtet hat, der christlichen Religion das herzerwärmende Kleid genommen ist. Damit wäre zwar den Armen wirtschaftlich nicht gedient, wohl aber geistig und kulturell ungeheuer geschadet. Deshalb müssen wir uns auch in Zeiten der Not mehr als sonst die letzte Absicht der falschen Propheten vor Augen halten.

Wir sind die Letzten, die etwa nur das Wort Liebe im Munde führen, sondern wir haben durch unsere Taten bewiesen, daß wir ebenso sehr nach der Gerechtigkeit streben. Unser ganzes Wirken ist ja darauf eingestellt, das äußere und innere Leben der Menschen nach Grundsätzen christlicher Gerechtigkeit zu gestalten. Es wäre aber ungerecht, wollte man verkennen, daß auch die gegenwärtige Not die Liebestätigkeit in einem ungeheuren Ausmaß belebt. Die Nächstenliebe nimmt in diesen Tagen greifbare Gestalt an. Das Schenken und Geben, das sich in diesen Tagen vollzieht, um die Not deutscher Brüder und Schwestern zu lindern, entspringt der echt christlichen, weihnachtlichen Liebe, selbst wenn die Spender sich derselben nicht immer bewußt sein wollen. Aus den Gaben der einzelnen spritzt so ein reiches Schenken an die Gesamtheit. Das ist ein großer Trost in harter Zeit. Kommt zu dem äußeren Geben noch die innerlich verstehende Liebe, dann wird auch die Not ihre Weiterin gefunden haben.

Wir kennen Weihnachten aus guten und aus schlechten Zeiten, von Krieg und Frieden her. Aus Zeiten, wo es leicht fiel, an die Friedensbotschaft zu glauben, und aus Zeiten, wo es ebenso schwer fiel. Immer aber gab die Weihnachtsbotschaft dem gläubigen Christen neuen Mut und neue Kraft. So wollen wir auch in diesem Jahre sie vernehmen, um trotz aller Not, innerlich gestärkt, einer besseren Zeit entgegenzuwandern. Nicht zerbrochen soll dieselbe uns einmal finden, sondern das „Ehre seit Gott in der Höhe“ wolle uns forttragen zu der Tat, den Frieden auf Erden zu erringen, dem christlichen Sittengesetz der Liebe und Gerechtigkeit zu dienen.

Weihnacht:

Die Nacht war ohne jeden Hall und Klang,
in harter Kälte Holz und Eisen sprang,
Schnee schüttete die Glut der Sterne zu,
gab seinen Flocken nicht ein Stündlein Ruh.
Die Straße streifte keines Kindes Saum,
die Menschen sanken tief in Schlaf und Traum;
doch mitten in des Frostes dunkler Bein
hob sich ein Licht mit einsam schüchtern Schein.
Es brannte nicht in einer Lampe Schloß,
in einer Stallaterne hat es bloß.
Und glöste furchsam sehr und bangverzagt
dem Glück und Elend einer armen Magd.
Die, trotz des Kummers diesem Leben treu,
ein Kind ihm schenkte in Stalldunst und Heu.
Die Nacht war ohne jeden Hall und Klang,
in harter Kälte Holz und Eisen sprang.
Als in dem Judenstädtchen Bethlehem,
in einem Stall aus Fichtenholz und Lehm,
ein armes Weib, gering und ohne Macht,
Herrn Jesu lächelnd hat zur Welt gebracht.

Alfons Brehold.

gestalten. Es wäre aber ungerecht, wollte man verkennen, daß auch die gegenwärtige Not die Liebestätigkeit in einem ungeheuren Ausmaß belebt. Die Nächstenliebe nimmt in diesen Tagen greifbare Gestalt an. Das Schenken und Geben, das sich in diesen Tagen vollzieht, um die Not deutscher Brüder und Schwestern zu lindern, entspringt der echt christlichen, weihnachtlichen Liebe, selbst wenn die Spender sich derselben nicht immer bewußt sein wollen. Aus den Gaben der einzelnen spritzt so ein reiches Schenken an die Gesamtheit. Das ist ein großer Trost in harter Zeit. Kommt zu dem äußeren Geben noch die innerlich verstehende Liebe, dann wird auch die Not ihre Weiterin gefunden haben.

Wir kennen Weihnachten aus guten und aus schlechten Zeiten, von Krieg und Frieden her. Aus Zeiten, wo es leicht fiel, an die Friedensbotschaft zu glauben, und aus Zeiten, wo es ebenso schwer fiel. Immer aber gab die Weihnachtsbotschaft dem gläubigen Christen neuen Mut und neue Kraft. So wollen wir auch in diesem Jahre sie vernehmen, um trotz aller Not, innerlich gestärkt, einer besseren Zeit entgegenzuwandern. Nicht zerbrochen soll dieselbe uns einmal finden, sondern das „Ehre seit Gott in der Höhe“ wolle uns forttragen zu der Tat, den Frieden auf Erden zu erringen, dem christlichen Sittengesetz der Liebe und Gerechtigkeit zu dienen.

Ph. Hg.

Kritik der Notverordnung - Gewerkschaftliche Schlußfolgerungen

Im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ macht der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Kollege Bernhard Dittke, längere Ausführungen zur 4. Notverordnung. Nach Besprechung der Vorgeschichte, insbesondere Tätigkeit des Wirtschaftsbeirates und Erläuterung des Inhalts der Verordnung, gibt er eine Kritik, und unter der Überschrift „Und wir?“ zieht er beherzigenswerte Schlußfolgerungen. Auszugsweise geben wir diese Gedanken wieder.

Wer glaubt, die Notverordnung würde den Beifall aller Sozialreaktionäre finden, täuscht sich gewaltig. Ihnen geht der Eingriff in die Sozialpolitik noch nicht weit genug, und vor allem paßt es ihnen gar nicht, daß die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitsklärung erhalten geblieben sind. Ihr Kampf geht grundsätzlich „gegen das System und gegen die Gewerkschaften“. Schutz des Staates für Landwirtschaft, Znanungen, Kartelle usw. für Eigentum und Besitz ist für sie eine Selbstverständlichkeit, nicht aber der soziale Schutz für diejenigen, die am meisten des Schutzes und der Hilfe bedürftig sind. Es sind dieselben Kreise, die bei den letzten Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages kaum Interesse für die Hilfsmaßnahmen zugunsten der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger an den Tag legten, sich aber schützend vor die Interessen der Großpensionäre stellten. Dieselben Kreise, deren Denken und Gesinnung kürzlich in einem Artikel des „Berliner Lokal-Anzeiger“ dahin Ausdruck gegeben wurde, daß die Wirtschaft keine weitere Belastung „durch die Sozialpolitik des Margismus, der immer noch seine zahlenden Mitglieder von dem Allgemeines der Nation, des Mittelstandes, der Landwirtschaft, des Unternehmertums, der freien Berufe und des Kleinbürgertums durch Privilegienwirtschaft seiner Gewerkschaften glaubt ausnehmen zu können“, vertrage. Danach geht es also den Erwerbslosen und Gewerkschaftsmitgliedern noch ausnahmsweise gut, und es paßt in die Geisteshaltung dieser Heher gut hinein, wenn in demselben Artikel die Ansicht übernommen wird, daß die Krankenkasse die Kranken „groß und fett“ mache, die Unfallversicherung Unfälle schaffe und noch arbeitsfähige Menschen nur darauf bedacht seien, aus der Invalidenversicherung eine Rente zu bekommen.

Diese Kreise fordern von der Regierung Lösung von den Gewerkschaften. Diese Kreise wollen, daß ein antizipatorischer Kurs gesteuert und die arbeitenden Volksschichten der Willkür ausgeliefert werden. Diesen Bestrebungen gilt der scharfe und unerbittliche Kampf der christlichen Gewerkschaften. Wir führen diesen Kampf zugleich im Interesse des gesamten Volkes, denn die Verwirklichung der vorhin gekennzeichneten Pläne müßte die Auflösung des staatlichen Gemeinschaftslebens und den Kampf aller gegen alle bedeuten.

Wenige Kreise lassen in ihrem Kampf gegen Sozialpolitik und Gewerkschaften die Sachlichkeit vollkommen vermissen. Die Gewerkschaften sind nach dem Urteil der Extremen an allem Uebel schuld. Sie sind schuld an der Krise, schuld an der Arbeitslosigkeit. Kurz, es gibt kein Uebel, das die Gewerkschaften nicht verschulden. Besonders den alleinigen Inhabern der angeblich wahren nationalen Gesinnung haben es die Gewerkschaften angetan. Trotzdem sie (das gilt vor allem von den christlichen Gewerkschaften) im Laufe der letzten Jahre immer und nachdrücklicher gegen die Reparationen Stellung genommen haben, wird ihnen das Gegenteil vorgeworfen. Die letzte gemeinsame Stellungnahme aller Gewerkschaften am 5. Dezember dieses Jahres gegen die Reparationen und gegen die Verwilderung der innerpolitischen Auseinandersetzungen wurde von reaktionären Blättern entweder gar nicht gebracht oder in einem verstellten Winkel, damit die gewerkschaftsfeindlichen Leser nur ja nicht davon erfahren. Kommunisten und radikal gewordene bürgerliche Literaten reichen den Reaktionären in der Belämpfung der Gewerkschaften brüderlich die Hand. Während den letzteren die Gewerkschaften zu radikal, zu wenig nachsichtig und einseitig sind, liegt es bei den ersteren umgekehrt. Negation und Kritik allein helfen aber nicht.

In dem Konglomerat der Meinungen, der innerpolitischen Auseinandersetzungen und der inneren Uneinigkeit ist die Leidenschaft weiter Kreise gegen Sozialpolitik und Gewerkschaften fast das einzige Konstante. Schon an der Veröffentlichung der Richtlinien der Reichsregierung im Anschluß an die Beratungen des Wirtschaftsbeirates wurde die Regierung angegriffen, weil angeblich in der Sozialpolitik keine durchgreifenden Maßnahmen zu erwarten seien. Man erwartete von der Reichsregierung, daß sie ihre Hand zur Befestigung des Tarifrechts, des Schlichtungswesens usw. und in Konsequenz dessen zu einer ganz radikalen und einseitig in des Belieben des Arbeitgebers

gestellten Lohnsenkung bieten sollte. Daß die Notverordnung diesen radikalen Weg nicht beschritten hat, macht die Regierung in den Augen der Sozialreaktionäre schuldig, und sie muß nach ihrem Willen fallen. Kampf der Reichsregierung! schallt es nach der Notverordnung verstärkt aus verschiedenen Lagern. Die Notverordnung greift sehr tief in das Lebensrecht der einzelnen Volksschichten ein, sie verlangt schwere Opfer. Mit am schwersten sind die Arbeitnehmer betroffen. Aber am meisten revoltieren fast diejenigen, denen die Not noch nicht so stark auf den Nägeln brennt. Es schimpfen die Hausbesitzer, die Hypothekengläubiger, die Steuerzahler, die Beamten, die Händler, die die Preise senken sollen.

Es ist notwendig, sich in diesem Durcheinander ein klares Urteil und eine nüchterne Einstellung zu den Vorgängen zu bewahren und sich von agitatorischen Schlagworten fernzuhalten. Als ob es eine Regierung gäbe, die solch harte und unpopuläre Maßnahmen gerne träge; als ob nicht die bittere Not gebieterisch ein Durchgreifen verlangt. Als ob Männer, wie Stegerwald und auch Brüning, die jahrzehntlang für die sozialen Belange der Arbeitnehmer gekämpft haben und die heute noch von den Scharfmachern bekämpft werden, etwa aus Lust am Abbau die Löhne kürzten oder die Soziallasten herabsetzten.

So liegt es nicht. Der Grund für alle Notwendigkeiten liegt zum großen Teil in internationalen Zusammenhängen. Der Sonderausschuß der Bank für internationale Zahlungen (BIZ) untersucht zur Zeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die harte Notverordnung ist zugleich ein erstes Signal für die Völker der Welt. Das Schicksal Deutschlands ist weithin auch das Schicksal anderer Völker. Bei aller Kritik an der Notverordnung sollten wir diesen Hintergrund der Dinge nicht übersehen.

Und wir?

Wir können nicht umhin, zu erklären, daß wir die Notverordnung in verschiedenen Teilen nicht billigen. Allzu sehr trägt sie dem Abbauwillen derjenigen Kreise Rechnung, mit denen die Regierung auf Grund der gegebenen Verhältnisse leider rechnen muß. Wenn wir auch zugeben, daß Leistungen, die unter der Voraussetzung einer günstigen Entwicklung eingeführt waren, sich in Zeiten so anhaltender und schwerer Krise kaum halten lassen, so brauchte der Abbau doch die bereits am meisten Bedrängten nicht so hart zu treffen, wenn nicht durch eine verlogene und unverantwortliche Hehe fast jede noch so notwendige und segensreiche Einrichtung in Mißkredit gebracht worden wäre. Wir müssen von der Regierung erwarten, daß sie hier recht deutlich einen Trennungsfriede zieht und sich nicht über eine Grenze drängen läßt, hinter der es nur mehr schärfsten Kampf auch unsererseits geben kann. Auf der anderen Seite müssen wir es aber ablehnen, einseitige Kritik zu üben. Das entspräche weder dem Ernst der Lage, noch den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu rechnen hat. Nur dann, wenn wir der Willen haben, uns in dieser schweren Krisenzeit — trotz unvermeidlicher Rückschläge — zu behaupten, gewinnen wir auch wieder Neuland und behalten die Kraft, in besseren Zeiten Verlorenes wieder zu erobern.

Es erwachen uns besonders in diesen schweren Zeiten große und bedeutende Aufgaben; Aufgaben, deren Erfüllung nicht allein eine Pflicht der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, sondern auch eine Pflicht im Dienste der Gesamtheit ist. Das Vordringlichste ist, immer wieder Aufklärung über den tatsächlichen Stand der Dinge zu schaffen. Der Mangel an Aufklärung, an Einsicht in die volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge trägt dazu bei, daß Schlagworte und un sinnige Wirtschaftsprogramme zahlreiche Anhänger finden und die Verwirrung stets weiter zunimmt. Ferner gilt es, mit ganzer Kraft nach wie vor für den Wegfall der un sinnigen und untragbaren Reparationslasten und für eine die Wirtschaft belebende internationale Schulden- und Kreditregelung und für internationale Verständigung einzutreten. Hier liegt der mit Recht auch von der Reichsregierung immer wieder hervorgehobene Schwerpunkt der Weltwirtschaftskrise. Wir sind uns klar darüber, daß bei der Bedrängung der Selbstkosten der Lohndruck fürs erste noch nicht weicht. Um so mehr müssen wir mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß der Lohn nicht der Faktor bleibt, der in der Hauptsache der an-gegriffene Teil ist. Wir dürfen es als einen Teil des Erfolges unserer künftigen und zielbewußten Arbeit ansehen, daß die Notverordnung auch in bezug auf die Zinsen, Steuern, Preise usw. eine zielbewußte Senkungsaktion einschließt. Je mehr die Senkungsaktionen der Wirtschaft in den genannten Punkten eine Entlastung erfahren, desto mehr kann der Lohndruck gemildert werden. Der Senkungsaktion mit zum Erfolg zu verhelfen, heißt nicht nur den Reallohn möglichst erhalten, sondern auch den Lohndruck mildern. Besonders notwendig ist eine zielbewußte Mitarbeit auf dem Gebiete der Kostensenkung des täglichen Bedarfs. Vor allem unsere Kartelle müssen hier mitarbeiten. Mitarbeit ist tausendmal mehr wert als unfruchtbare Kritik. Wir sollen der Verzweiflungs-

stimmung, der Hoffnungslosigkeit begegnen. Aufmuntern und gegenseitig helfen, wo wir können. Immer wieder zeigt sich, wie groß und lebendig in unseren Kreisen der Wille ist, notleidenden Kameraden und Mitmenschen zu helfen. Im Rahmen der christlichen Arbeiterbewegung ist in den letzten Monaten bereits viel segensreiche Arbeit geleistet worden. Diese Arbeit noch mehr zu vertiefen und zu vertiefen, ist in dieser Zeit der tausendfältigen Not und Sorge ein Gebot der Stunde.

Dann das Entscheidende! Kein Wanken und Schwanken in bezug auf die Treue zur Gewerkschaft! Es ist gewiß in Zeiten, wo es abwärts geht, schwerer treu zur Gewerkschaft zu stehen, als in Zeiten, in denen es aufwärts geht. Zu bedenken bleibt aber, daß die Dämme, die gegen ein allzu tiefes Absinken noch bestehen, vollkommen einbrechen, wenn die Gewerkschaften keine Kraft mehr einsetzen können. Krisen früherer Zeiten, in denen gewerkschaftlicher und gesetzlicher Schutz fehlten, lehren uns, daß die Last in erster Linie auf die Arbeiter abgewälzt wurde und daß die Löhne um etwa 50 Prozent sanken. Was verbirgt sich denn im Grunde genommen hinter dem starken Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen das Tarifrecht, gegen Schlichtungswesen und Verbindlichkeitsklärung anderes als der Wille, einen Zustand herbeizuführen, in dem in dieser Krisenzeit die Löhne und die Arbeitsbedingungen einseitig nach dem Willen des Arbeitgebers festgesetzt werden können. Die Notverordnung stellt die Gewerkschaften gerade in allernächster Zeit vor schwere Verhandlungen und Streitfragen um die Gestaltung der Tarifverträge. Es ist nicht allein das Maß der Preislenkung, das bei der Lohnbemessung zu berücksichtigen ist, sowie die Lohnhöhe eines zurückliegenden Zeitpunktes, sondern auch die Auflockerung der Tarife selbst. Die räumliche Abgrenzung der Bezirke, die Berücksichtigung branchenmäßiger Unterschiede, die Einschaltung von Ortsklassen werden bei den späteren Verhandlungen eine wesentliche Rolle spielen. Hier bedarf es nicht nur entsprechender Vorbereitungen und Überlegungen seitens der Verbände, sondern auch des Einsatzes der ganzen Kraft und Geschicklichkeit bei den Verhandlungen selbst, um das Richtige zu treffen. Treue zur Bewegung, Stärkung der Reihen, bleibt also auch schon im Hinblick auf diese Fragen eine Notwendigkeit, deren Verfehlung sich an der Arbeiterschaft selbst rächen muß.

Die christliche Arbeiterbewegung steht zugleich in einem gewaltigen Kampfe, der ausgetragen wird um die Neugestaltung der Wirtschaft und des Wirtschaftsraumes. Aber nicht allein um Formen und Veränderung der Zustände schließlich handelt es sich, mehr noch handelt es sich in dieser Zeit darum, ob die sittlichen und ethischen Kräfte neugeformt und entfaltet werden. Solange die Welt und die Wirtschaft beherrscht sind von einem Geist, der sich stärkstens in Machtmißbrauch, Haß, Zwietspalt, Egoismus und Mangel an Gemeinschaftsgeist äußert, ist schwer eine Gesundung möglich. Der Kampf einer Bewegung, deren Arbeit auf christlichen Grundsätzen aufbaut, muß zugleich ein Kampf sein und ist zugleich ein Kampf um Geistes- und Gesinnungs-erneuerung.

Um den Sinn der Notverordnung

Der letzte Zweck der Notverordnung soll die Wiederingangbringung der deutschen Wirtschaft und damit die Schaffung einer in der wirtschaftlichen wie staatspolitischen Weltpolitik notwendigen Geltung Deutschlands sein. Wenn nun nicht erneut das Ende der ganzen Notverordnung ein ausschließlicher Lohnabbau und damit die Ueberwälzung aller Kriegslasten auf den Arbeiterstand die Folge sein soll, dann wird im Laufe der nächsten Monate in Deutschland noch allerhand bei behördlichen Stellen und in der öffentlichen Meinung nachgeholfen werden müssen. Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben in Verbindung mit den anderen Spitzenverbänden in Wahrung der Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft ernsthafte Vorstellungen beim Reichsminister erhoben. In erster Linie wurde auf die Gefahren einer zeitlich und beruflich schematischen Festsetzung des Lohnes unter Außerachtlassung der im Tarifgedanken liegenden, hier unnütz gesparten Verantwortlichkeiten verwiesen. Den früher erfolgten Lohnsenkungen seien auch keine ausreichenden Preislenkungen gefolgt. Um so mehr müsse erwartet werden, daß die versprochenen Preisrückgänge voll und möglichst gleichzeitig dem Lohnabschlag entsprechen. Zur Stärkung des Gedankens der Tarifverpflichtung, dem weite Arbeitgeberkreise im letzten Jahr zuwidergehandelt hätten, müßte die Allgemeinverbindlicherklärung der neuen Löhne erfolgen. Nur wenn wenigstens eine Stabilität der Löhne für den Zeitraum der Lohngebundenheit bis Ende April 1932 erfolge, könne eine gewisse Kaufkraft, die neue Produktion auslöse, erwartet werden. Notwendig sei auch eine Senkung der Tarife im Verkehrswesen, bei Elektrizität, Gas und Wasser. Da die Wicktentung bedingt sei durch die Zinslenkung, und da andererseits eine Zinslenkung für nur begrenzte Gebiete die Gefahr höherer Zinsen für andere Gebiete und den Wiederanstieg des Zinsfußes in späterer Zeit in sich birge, müsse dem Zinsproblem in breiterer Form nachgegangen werden. Die Notverordnung sei hinsichtlich der Wiederaufbauabsicht unvollständig, weil sie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht ent-

Kollege!
Schau zu ihm den
Verbandskalender für 1932
besucht? Er enthält für dich sehr viel Wissenswertes.
Bestelle ihn sofort bei deinem Orts-
kassierer!

hatte. Der Wohnungsbau habe durch das künftige Fehlen der ausfallenden Hauszinssteuerermittel bei dem unzulänglichen Kapitalmarkt für langverzinsliche Darlehen keine Aussicht, wieder in Gang zu kommen. Hier müssen baldmöglichst neue Quellen erschlossen oder für die Bildung langfristiger Darlehen für Bauzwecke Sorge getroffen werden.

Der Reichskanzler betonte in seiner Entgegnung nochmals den weite politischen Umfang der Wirtschaftskrise. Wege, wie die des Verlassens der Festwährung seien in Deutschland nicht möglich. Die Zinssenkungsaktion habe den Pfandbriefmarkt nicht erschüttert, das Gegenteil, eine Festigung sei zu erkennen. Zur Arbeitsbeschäftigungsfrage verwies der Reichskanzler darauf, daß durch die günstige Reichsbahnleihe von der Reichsbahn für 250 Millionen RM. Arbeitsvergebungen erfolgen. Auch die deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten komme mit 400 Millionen RM. Auftragsvergebung in Frage. Schließlich müssen auch die Länder und Gemeinden aus den verbleibenden Reiten der Hauszinssteuerermittel (das wird wenig sein! Red.) und insbesondere aus den Tilgungsbeständen der Hauszinssteuerdarlehen Mittel für den Wohnungsbau geben. Besonders Gewicht würde auf die Durchführung der Preissenkungsvorschriften gelegt, hier insbesondere bei den Lebensmittelpreisen. Auch die öffentlichen Tarife müssen heruntersinken. Die Mitwirkung der großen Volksorganisationen und des tausenden Publikums sei hierbei ein Faktor von großer Bedeutung. Der Reichswirtschaftsminister anerkannte, daß im Zins- und Kreditproblem die Voraussetzung für den Wiederanstieg der Wirtschaft lägen. Die Preisspannen im Weiterverkauf müßten geringer werden, die Kohlen- und Eisenpreisermäßigung wird Wirkungen auch auf andere Preisgegenstände ausüben. Der Reichsarbeitsminister hob hervor, daß die kollektiven Arbeitsverträge (Tarifverträge) öffentliche Geltung haben müssen. Besseren, freien tariflichen Vereinbarungen der Parteien frände das Reichsarbeitsministerium nicht entgegen. Die Notwendigkeit der Allgemeinverbindlicherklärung der Tarife wurde von ihm anerkannt. Die Tätigkeit der Schlichter solle sich nur auf Tarifhilfe beschränken, ein autoritärer Eingriff in bestehende Manteltarife und frei zustande gekommene Nachträge soll nicht erfolgen. Der Invalidenversicherung wolle man versuchen, zu helfen, ohne ihre Vermögenswerte zu verschleiern. — Wir nehmen diese Darlegungen der Regierungsvertreter zur Kenntnis und hoffen, trotz mancher seitheriger Enttäuschungen, nicht wieder enttäuscht zu werden. Säge die deutsche Arbeiterschaft den Komplex der staatspolitischen Fragen nicht in einem größeren Rahmen, wie weite andere Kreise, dann hätte an sich diese Reichsregierung von ihr keinen Anspruch auf Vertrauen.

Die Unentwegten

Jahrelang ist die Tagespresse von Arbeitgeberseite mit lohnpolitischen Warnnachrichten gefüllt worden. Der Tenor war insbesondere seit dem Jahre 1927 der, daß die Löhne die Wirtschaft erschlagen, und daß eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht möglich wäre. Das hohe C bliesen auf diesem Gebiete besonders die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ und mit den schrillen Nebengeräuschen die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Ueber ein Jahr des wandernden Lohnabbaues lag hinter der deutschen Wirtschaft, als die Reichsregierung durch die 4. Notverordnung eine generelle Herabdrückung der Löhne um 10 bis 15 Prozent mit der untersten Grenze des Lohnes vom 10. Januar 1927 festsetzte. Wer nun erwartet hätte, daß Friede und Freude in den Kreisen der Lohnbeschuldigten eingetreten wäre, irrt sich. Es ist auch zu peinlich, daß die Vorauslagen der Arbeiterorganisationen so unbehaglich zutreffen. Lohnabbau ohne Preisabbau wurde in der Wirkung als Kaufkraftschränkung und damit auch als produktionshemmend für die Betriebe seitens der Arbeiterführer vorausgesetzt. Es ist eingetroffen. Mancher Unternehmer, der in besonderem Maße auf die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger angewiesen ist, kann mit dem Rechenstift die durch Lohnabbau erfolgte Kaufkraftschrumpfung feststellen und sein geschäftliches Plus oder Minus nach Abzug der selbstbestimmten Löhne errechnen. Die große Trommel beim Lohnabbau bediente die westliche Großindustrie. Ihr Paradepony war die durch Lohndruck gesteigerte Ausfuhrmöglichkeit. Gewerkschaftsseite wurde bei ihren Lohnabbauforderungen auf die Gegenwärtigen des Auslandes in Form von Zollserhöhungen, Einfuhrbeschränkungen und Lohnabbau im eigenen Lande hingewiesen. Auch das ist eingetreten. Eine ganze Anzahl der für Deutschland in Betracht kommenden Ausfuhrländer haben ihre Zollsätze mit dem Hinweis auf Eindämmung des deutschen Exports erhöht, und dort, wo feste Zollbindungen bestanden, Einfuhrzölle verhängt. Das nach Ansicht des Amerikaners Ford dümmste Betriebsrezept des Lohnabbaues hat nach dem deutschen Abbau auch im Ausland Schule gemacht. In letzter Zeit setzte u. a. die belgische Metallindustrie die Löhne herunter, im sonst so friedlichen Holland streiken die Textilarbeiter gegen Lohndruck. Dem Export auf Kosten der Löhne ist also entsprechend begegnet. In diesen Abwehrmaßnahmen kam der in der Wirkung gleich zu sehende englische Pfundsturz nachfolgend haben auch die nordischen Staaten ihre Währung vom Goldstandard freigemacht. Die Wirkungen für unsere Exportindustrien

Am 26. Dezbr. 1931 ist der zweiundfünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

sind zwar nicht in dem Maße eingetreten wie ursprünglich befürchtet wurde, zum mindesten ist aber die erwünschte Exportsteigerung ausgeblieben. Alles in allem, die Politik der „Wirtschaftsführer“ hat eine gewaltige Schrumpfung des innerdeutschen Umsatzes erreicht, ihre Ausführpläne aber sind durch Gegenmaßnahmen des Auslandes abgefangen worden. Von Kreisen, denen Logik nichts gilt, wenn dem Geschäftsinteresse gedient werden soll, ist es nunmehr gar nicht verwunderlich, wenn ihnen selbst die auf den Stand von 1927 gedrückten Löhne nicht mehr genügen. Die Reichsregierung kommt für ihre in der Wirkung nun einmal zunächst unsoziale Lohnregelung das Prädikat „ungenügend“, und von Arbeitgeberseite geprägte Ausdruck „politischer Lohn“ wird nach wie vor in dem Sinn angewendet, daß der Lohn noch über dem wirtschaftlich vertretbaren Ausmaß stünde. Man braucht der Reichsregierung zu diesem „Erfolg“ kein Beileid zu wünschen, denn wir nehmen an, daß ihre Maßnahmen nicht in Rücksicht auf das Geschick dieser Kreise erfolgt, sondern der größeren Sicht der Weltzusammenhänge entsprossen sind.

Die Unternehmer des Bauergewerbes wurden bei der Lohnabbauarbeit immer in dem gebührenden Rahmen von den oben genannten industriellen Scharfmacherzeitungen vertreten. Daneben wurde in den Fachblättern mehr oder minder stark auf der gleichen Schmalmei geblasen. Das größere Unrecht der bauergewerblichen Unternehmer bestand darin, daß sie bewußt zu den schiefen Darstellungen über das Verhältnis der Bauarbeiterlöhne zu den Baukosten schwiegen, auch wenn sie als korrekter Vertragspartner und objektiver Wirtschaftler hätten reden müssen. Was sie in ihrer offiziellen Presse verschwiegen, muß inoffiziell der „Baufurier“ sagen. Mit Bedauern glaubte dieses Blatt feststellen zu müssen, daß die Notverordnung auf Grund des Durchschnittes von 24 Städten nur einen Lohnabschlag von 8 Prozent bringe. In einem Artikel „Politischer Lohn“ klingt wieder der Schmerz durch, daß der Aufgangstag des 10. Januar 1927 an manchen Orten die Ausbreitung der Lohnsenkung auf 15 Prozent verhindern. Auch daß der Schlichter nicht für alle Leibesmerzen der Arbeitgeber mit Absührpillen eingreifen darf, wird als Unrecht empfunden. Trotz der Kritik des „Politischen Lohns“ und der amtlichen Schlichtungseinrichtungen möchte man diese also jetzt in noch größerem Ausmaße für die Lohnsenkung und alle lohnmäßigen Bestandteile des Tarifvertrages in Anspruch nehmen. Konsequenz ist etwas anderes. Erfreulicherweise setzt man sich aber für die Allgemeinverbindlichkeit der Lohnsätze ein. Das widerspricht dem immer betonten liberalistischen Wirtschaftsprinzip. Wir buchen dies aber als die Erkenntnis, daß man ohne die Gewerkschaften doch nicht regieren kann, und daß man dann lieber das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit fahren läßt, um nicht durch die Freiheit der Außenwetter hinsichtlich der Lohnhöhe im Wettbewerb behindert zu sein. Zweckmäßigkeitserwägungen sind also auch hier das Ausschlaggebende. Der Grundgedanke des Rechts auf den Arbeitsertrag und der Mitbeteiligung und Mitberedigung des Arbeiterstandes in Staat und Kultur wird nur dann Erfüllung finden, wenn die starke Organisation ihn vertritt. Den Unentwegten des Rückzuges den unentwegten Willen des Aufstiegs entgegenzustellen, ist die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Arbeiterschaft.

Rückgang der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge

Nachdem im zweiten Vierteljahr 1931 die Notstandsarbeiten erheblich erweitert werden konnten, ist im dritten Vierteljahr ein starker Rückgang eingetreten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die Finanzierung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ungünstig beeinflusst. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter sind allein für August/September 147 begonnene oder genehmigte Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge mit 580 300 Arbeitslosen tagewerken zum Stillstand gekommen oder nicht zur Durchführung gelangt. Besonders stark sind die Hemmungen in Mittel-, West- und Süddeutschland, während im Osten trotz der aufstretenden Schwierigkeiten die Arbeiten weiter geführt wurden. Die Zahl der Notstandsarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge ist von 59 470 Ende Juni 1931 auf 34 361 am 30. September 1931 zurückgegangen. Das ist ein Rückgang von 42,2 v. H. Im Verhältnis zur Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung betrug die Zahl der Notstandsarbeiter Ende September im Durchschnitt 1,4 gegenüber 2,5 v. H. Ende Juni 1931. Den größten Anteil weist Ostpreußen mit 9,2 v. H. aus. Der kleinste Anteil ergibt sich bei Nordmark und Hessen mit 0,6 v. H. Die Zahl der abgeleiteten Tagewerke betrug im dritten Vierteljahr 1931 3 226 465. Davon entfielen 1 154 702 Tagewerke auf Arbeiten, die nur die Grundförderung erhielten, und 2 071 763 auf Arbeiten, für die neben der Grundförderung Darlehen der veränderten Förderung aus Mitteln der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten u. G. und der Länder gewährt wurden.

Die Gesamtzahl der Tagewerke erscheint im Verhältnis zu dem vorigen Vierteljahr (3 467 445 Tagewerke) und im Verhältnis zu dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mit 2 619 541 Tagewerken verhältnismäßig günstig. Die Auswirkung der Finanzkrise ist aber bei den Tagewerken ersichtlich, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Monate für sich betrachtet, die einen starken Rückgang erkennen lassen. Die Zahl der in Gang befindlichen größeren Maßnahmen betrug Ende September 95 gegenüber 91 Ende Juni. Infolge der Beschränkung der Mittel der Länder und der eigenen Mittel der Träger der Arbeiten ist auch die Zahl der Neubewilligungen erheblich zurückgegangen. Aus Mitteln der Reichsanstalt und aus Reichsmitteln der Krisenfürsorge wurden an die Träger der Maßnahmen 10,2 Millionen Reichsmark im Zeitraum Juli bis September gezahlt. Für den Landarbeiterwohnungsbau wurden 5,4 Millionen Reichsmark Reichsmittel aufgewendet. Der Zuwachs an Wohnungen beträgt 1359.

Gesunde Feiertage

Daß der weihnachtliche Frohsinn keine Störung erleide, vor allem nicht von Seiten der Gesundheit, dafür müssen wir Sorge tragen.

Der verdorbene Magen dürfte in diesem Jahre, wo überall Schmalhans Küchenmeister ist, kaum eine Rolle spielen. Es gibt aber noch eine ganze Anzahl anderer weihnachtlicher, durchaus vermeidbarer Unfälle.

In falscher Sparsamkeit werden oft die Kerzen des Weihnachtsbaumes sämtlich mit einem einzigen Streichholz angezündet. Das Holzchen brennt dabei rasch herunter, und als Folgen bleiben nicht selten schmerzhaft Brandwunden an den Fingern zurück. Mitunter kommt es vor, daß durch unvorsichtiges Anzünden der an der Spitze des Baumes befestigten Lichter der brennende Baum umstürzt. Darum befestige man lieber ein kleines Licht an einem langen Stöckchen, das ein bequemes und ungefährliches Herausziehen zur Spitze gewährleistet. — Sind am Weihnachtsbaum irgendwelche Lederbissen befestigt, so ermahne und beaufsichtige man die Kinder ganz besonders. Denn Kinderart ist es, oft heimlich dieses und jenes vom brennenden Baume abzupfen, und nur zu leicht passiert es, daß auch bei dieser Gelegenheit der brennende Baum umfällt. — Nicht selten rennen kleine Kinder im Ueberdruß der Freude blind in den Baum hinein, dessen Nadeln ihnen dann leicht eine schmerzhaft und nicht ungefährliche Augenverletzung verursachen, die sofortiger ärztlicher Hilfe bedarf. — Allen diesen Fahrnissen können wir mit ein wenig Vernunft und Ueberlegung leicht entgegen.

Rundschau

Evangelische Arbeiterbildung

Ein dreiwöchentlicher Lehrgang für jüngere evangelische Arbeiter bei der Evangelisch-sozialen Schule ist soeben zu Ende gegangen. Der nächste Drei-Wochen-Lehrgang für evangelische Arbeiter ist für die Zeit vom 1. bis 21. Februar vorgesehen. Auch in ihm werden die Teilnehmer wieder in die Fragen der Weltanschauung, der Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung eingeführt, sowie insbesondere in die gesellschaftlichen Grundlagen und praktischen Erfordernisse des freiwilligen Arbeitsdienstes und der neuen Stadtrandiedlung.

Auskunft erteilt die Evangelisch-soziale Schule, Spandau, Johannesstift.

Die evangelischen Arbeitervereine für soziale Gerechtigkeit

Die evangelischen Arbeitervereine nahmen zu den schwebenden Fragen Stellung. In einer Erklärung heißt es u. a.:

Wir erklären uns mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen, in erster Linie und fast ausschließlich von der Lohn- und Gehaltsseite her die Produktionskosten zu senken. Wir warnen nachdrücklich davor, den bisherigen Weg weiter zu beschreiten, wenn nicht gleichzeitig, ja, in erhöhtem Maße bei der Preislenkung Hemmungen befestigt werden. Nur auf der Grundlage eines sozial-gerechten Ausgleiches, einer ehrlichen wirtschaftlichen Volksgemeinschaft ist zugleich auch die außenpolitische Befreiung, die jetzt in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist, zu erreichen.

Wo hängen die Steuerrückstände?

Nach den Ermittlungen des Reichsfinanzministeriums betragen die Steuerrückstände des Reiches am 1. April d. J. 635 Millionen RM. gegenüber 533 Millionen RM. am 1. April vorigen Jahres.

Aus der Uebersicht über die wegen Steuerhinterziehung verhängten rechtskräftigen Strafen für das Rechnungsjahr 1930/31 nur folgende lehrreiche Zahlen.

	Höhe der Geldstrafen:
Lohnsteuer	334 141 RM.
Andere Einkommensteuer	964 517 "
Umsatzsteuer	1 980 236 "

Die Wirkung der starren Kartellpreise

Im „Berliner Tageblatt“ sagt Theodor Wolff:

In Deutschland ist gegenüber den Nachbarländern, oder dem Weltmarkt, durch die Kartelle Eisen um rund fünfzig bis fünfundsünfzig Prozent übersteuert, Kohle um fünfundsiebzig, Stahlfloss um sechsundsiebzig, Zement, je nach „Lage“ — Westen, Süden, Osten — um zwanzig bis fünfzig Prozent. Für Benzin aber zahlen wir, infolge des dreieinigen Zusammenwirkens von Kartellen, Zöllen und Verbrauchsteuern, rund dreihundertfünfzig Prozent mehr, also vierundeinhalbmal so viel wie die übrige Welt.

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten Nordamerikas

Arbeitslosenunterstützung in unserem Sinne sind Arbeitslosenzahlungen der sorgfältigen Art wie in Deutschland gibt es in den Vereinigten Staaten Nordamerikas nicht. Die Arbeiter- und Arbeitslosen zahlen hierzu hier auf mehr oder minder verlässlichen Schätzungen. Von 123 Millionen der Gesamtbevölkerung sind 49 Millionen erwerbstätig. Auf Grund der Erhebungen einer Versicherungsgesellschaft wurde vor einigen Monaten eine Arbeitslosigkeit von 12 Millionen, also rund 25 Prozent angenommen. Gewerkschaftsführer und Wirtschaftswissenschaftler kommen auf die gleichen Zahlen, teilweise bis 15 Millionen. Obwohl die Lage der Arbeitslosen bei Nichtunterstützung und längerer Arbeitslosigkeit in Amerika viel schlechter ist als bei uns, ist die dortige Arbeitslosigkeit in ihren persönlichen und staatspolitischen Wirkungen anders zu beurteilen wie in Deutschland. Die Steuerkraft der Bevölkerung ist nicht im entferntesten in dem Maße in Anspruch genommen wie bei uns. Auch ist Geld und Raum zur wirtschaftlichen Ausdehnung vorhanden. Was aber fehlt, ist die Verantwortung der Gesamtheit für das unvermeidete Schicksal des einzelnen.

Tarifnachrichten

Oberschlesien.

In der am 12. 12. auf Grund der Notverordnung vorgenommenen Lohnregelung ist auf Grundlage der Löhne vom 10. Januar 1927 eine Einigung zustande gekommen. Die übrigen Bestimmungen des Bezirkstarifvertrages bleiben hierdurch unberührt.

Rheinland.

Die am 15. Dezember stattgefundenen Lohnverhandlungen für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe führten zu keiner Einigung. Die Arbeitgeber wollen aus der Tatsache, daß im Jahre 1927 kein Bezirkstarifvertrag in der heutigen Form, sondern eine nur auf den Lohn und die Zuschläge bezügliche Vereinbarung bestand, für sich das Recht herleiten, Abbauforderungen in unbefränktem Ausmaß für Löhne und andere Tarifpositionen zu stellen. Diese Forderung, deren moralische Seite dem Mann mit dem langen Messer und dem biden Knüttel gleich, ist tarifrechtlich unvertretbar; die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber werden in diesem Fall zu beweisen haben, ob Taktik oder Manneswort im Vertragsleben den Vorrang haben soll. Auch vor dem dann beizugehenden Schlichter kam es zu keiner Einigung, weil den Arbeitgebern der Lohnstand vom 10. Januar 1927 nicht mehr genügt. Wenn in einzelnen unteren Gebieten der Lohnabbau sich nur noch gering auswirkt, weil letzter durch Schiedsprüche oder in anderer Weise die Lohnsätze schon gedrückt sind, dann müssen die Herren das schon gelten lassen. Guter Appetit ist sonst eine wünschenswerte Eigenschaft, nach zu viel animalischem Genuß erfolgt Erbrechen!

Sachsen-Anhalt.

Unter Bezugnahme auf die 4. Notverordnung vereinbarten die Tarifparteien für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1932 folgende Lohnsätze:

	Wagners-Gruppe	Wagners-Gruppe	I	II	III	IV	V
Facharbeiter	RM 1.05	1.03	96	89	83	77	72
Bauhilfsarbeiter	90	88	82	76	70	64	60
Tiefbauarbeiter	73	72	67	62	60	55	53

Die Lohnsätze der übrigen Arbeiterkategorien errechnen sich nach den im Bezirkstarifvertrag festgelegten Bestimmungen.

Freistaat Sachsen.

Eine Einigung war nicht zu erreichen. Die vor wenigen Wochen tarifgebenden Arbeitgeber betrachten die Notverordnung als einen unrechtmäßigen Vorstoß in das Tarifgebäude. Sie wollen ihren Dreck alleine machen. Man wird der Schlichter kommen.

Groß-Berlin.

Die Löhne der Facharbeiter sollen ab 1. Januar 1.25 RM betragen, Maurer erhalten 1 Pf., Zimmerer 2 Pf. Wagners-Gruppe, Tiefbauarbeiter erhalten 78 Pf. Die übrigen Lohngruppen sind schiedsgemäß errechnet. Strittig blieb der Lohn der Bauhilfsarbeiter und einiger kleiner Spezialgruppen, sowie die Lohnsätze in der Lohnklasse II. Hier wird die Rithilfe des Schlichters erforderlich.

Thüringen.

Auf Grund Vereinbarung gelten vom 1. Januar bis 30. April 1932 folgende Lohnsätze:

	Maurer	Zimmerer	Sonderl. I	II	III	IV
Facharbeiter	181	92	90	87	82	78
Bauhilfsarbeiter	56	78	77	74	70	66

Die Lohnsätze der übrigen Arbeitergruppen errechnen sich aus den Bestimmungen des im übrigen unberührt bleibenden Bezirkstarifvertrages.

Hannover.

Es gelten folgende Löhne ab 1. Januar 1932 bis 30. April 1932 gelten:

	Maurer	Zimmerer	Tiefbauarbeiter
Groß-Geldlohn	109	110	70
A	95	96	57
B	92	93	55
C	82	83	52
D	74	75	49

Für die Verhütungsschädigung gelten die im Bezirkstarifvertrag angeführten Bestimmungen. Bei den Bauhilfsarbeitern besetzen die Arbeitgeber auf 17 Prozent Zuschlag zum Maurerlohn, während andererseits die über dieser Grenze liegenden Sätze vom 10. Januar 1927 als recht betrachtet werden. Streit besteht auch noch über die

Fuhrer und Trägerzulagen und die Maschinistenlöhne. Die Arbeitgeber wollen auch die Zuschläge in die Kürzungen eingezogen wissen. Zu den Streitfragen wird der Schlichter allenfalls das letzte Wort sprechen.

Westdeutschland

Hier wurden zunächst mit dem Tiefbauverband die Tiefbauarbeiterlöhne vereinbart. Sie betragen in den Ortsklassen I und II 64 Pfg., in III und IIIa 62 Pfg., in IV und IVa 60 Pfg., in V und Va 55 Pfg. Der Verteilungsschlüssel bleibt wie im Bezirkstarifvertrag.

Nordwestdeutschland.

Für einige Teilgebiete sind noch Sonderverhandlungen notwendig. Die übrigen Löhne sollen betragen:

Lohngruppe	Facharb.	Tiefbauarb.
A	109 Pfg. *)	81 Pfg.
B	104 "	76 "
CI	96 "	71 "
CII	83 "	71 "
D	82 "	65 "
DI	73 "	65 "
E	71 "	60 "

*) 3 Pfg. Verkehrszulage.

Ueber die Bauhilfsarbeiterlöhne soll nochmals verhandelt werden, nötigenfalls unter Beiziehung des Schlichters.

Braunschweig.

Die neue Lohnregelung sieht in der Spitzenortsklasse einen Facharbeiterlohn von 109 Pfg., einen Tiefbauarbeiterlohn von 80 Pfg. vor. In der untersten Ortsklasse betragen die Löhne der genannten Berufsgruppen 80 bzw. 60 Pfg. Ueber den Bauhilfsarbeiterlohn besteht Meinungsverschiedenheit. Soweit bis zum 15. Jan. 1932 keine anderweitige Regelung erfolgt tritt der am 10. Januar 1927 gültig gewesene Bauhilfsarbeiterlohn in Kraft.

Mittellandkanal.

Je nach Streckenkilometer bewegt sich der Facharbeiterlohn zwischen 72 und 105 Pfg., der Tiefbauarbeiterlohn zwischen 60 und 73 Pfg. Im übrigen gilt die alte Regelung.

Dachdeckergerwerbe.

Die arbeitgeberseitige erfolgte Kündigung des Reichstarifvertrages zum 15. 3. 32 ist durch die Notverordnung überholt. Ueber die Lohnfrage ist bereits in einigen Gebieten verhandelt. In Berlin erfolgte Einigung auf die Sätze vom 10. Januar 1927. Rheinland und Westfalen haben ergebnislos verhandelt. Die Arbeitgeber wollen den Maurerlohn mit 8 bis 10 Prozent Zuschlag zahlen, was auf 4 Pf. weniger (1,26) wie den Lohnsatz vom 10. Januar 1927 (1,30) herauskommt. Also den Maurerlohn von 1927 und den Zuschlag von 1931. So steht's nicht in der Notverordnung. Das Reichsarbeitsministerium wird einen Schlichter bestimmen müssen.

Holiergerwerbe.

Die Verhandlungen in Berlin sind noch nicht beendet. Im Rheinland wurden die Löhne für Holierer auf 1,16 RM für Helfer auf 1,04 RM errechnet. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten im 1. Jahr 0,62, im 2. Jahr 0,83 RM pro Stunde.

Für das Vertragsgebiet Rheinland-Westfalen wird ab 1. Januar 1932 der Lohn mit 1,09 RM für Holierer, 0,98 RM für Helfer, 0,59 bzw. 0,78 RM für Jugendliche unter 18 Jahren im 1. und 2. Jahr festgelegt.

Feuerungsgewerbe.

Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, das nächste Wort hat der Schlichter.

Aus dem Verbandsleben

Wormditt. Am 25. Oktober hielt unsere Ortsgruppe ihre gutbesuchte Monatsversammlung ab. Kollege Graubowski-Altenstein berichtete über die Arbeitslosenversicherung, die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober und die starken Organisationsbestrebungen der Arbeitgeber. Für die Tendenz der Arbeitgeberbestrebungen sei kennzeichnend, daß sie nur in der Herabsetzung der Löhne und Voderung der Tarifverträge das Heil der Wirtschaft erblickten. Der Redner ermahnte noch alle Kollegen zu reger Agitationsarbeit!

Duderstadt. Die Hoffnung arbeiterfeindlicher Kreise, daß Wirtschaftsnöte und Massenarbeitslosigkeit dazu beitragen, die Gewerkschaften zu zerschlagen, wird sich nicht verwirklichen. Das beweisen die vom Bezirk Hannover für das Eichsfeld in Duderstadt am 29. November, Reinefeld am 6. Dezember und Weisenborn-Luderode am 8. Dezember abgehaltenen Konferenzen, die sich eines außerordentlich guten Besuchs erfreuten. Die 95 Ortsgruppen des Eichsfeldes waren fast reiflos vertreten. Nur einige wenige, denen es infolge der schlechten und weiten Wege unmöglich war, Vertreter zu entsenden, fehlten. Die vorherrschende Stimmung und der Opferwille bewiesen, daß der Gewerkschaftsgeist nicht verlorengegangen ist. Der Vorschlag der Bezirksleitung auf Einführung eines besonderen Lokalzuschlages in Höhe von 10 Pf. pro Monat wurde überall einstimmig angenommen. Dieser Zuschlag soll dazu dienen, die jährlichen Ausgaben des Sekretariats Duderstadt zu bestreiten. Die ganze Ansprache war eine glänzende Vertrauensstärkung für den Verband, insbesondere für die Tätigkeit und Erfolge des Kollegen Wucherpfennig. Jeder Diskussionsredner betonte: "Das Sekretariat muß uns erhalten bleiben!" Wer die Not des Eichsfeldes kennt und weiß, wie lange unsere dortigen Kollegen schon ohne Arbeit und auch zum größten Teil ohne Unterstützung sind, wird die Bedeutung dieses, wenn auch ansehnlich kleinen Opfers erkennen. Kollege Jumbrodt behandelte dann auf allen Konferenzen die augenblickliche Situation und besonders den Lohnabbau, zu dem die Bauunternehmer alles, auch das Unmöglichste, einsehen. In der Diskussion zu diesem Punkt wurde von der Regierung gefordert, um endlich

einmal dem Lohnabbau auch den Preisabbau folgen zu lassen. In Duderstadt zeigte Kollege Dietrich, Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Eichsfeld, neue Wege, auf denen es der Arbeiterschaft in der Eigenschaft als Verbraucher möglich sei, im deutschen Wirtschaftsleben und auch bei der Bildung der Preise mitzubestimmen. Neben Stärkung der Gewerkschaften, Stärkung der Verbraucherorganisationen und Förderung der Genossenschaften in allen Zweigen; auch der Siedlung, vor allem der Anliegerbildung sei erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. — Zusammenfassend kann man von allen drei Konferenzen behaupten: Wenn auch zur beruflichen Untätigkeit verurteilt, so doch treu dem Gewerkschaftsgedanken!

Bekanntmachung

Betr.: Neue Marken im Jahre 1932.

Wie alljährlich, gelangen für das Jahr 1932 wieder neue Marken zur Ausgabe. Die Farbe der Beitragsmarken für 1932 ist grün. Auch die Lokalfonds-, Erwerbslosen- und Beitragsfreiemarken erhalten eine andere Farbe. Mit Ausnahme der Eintrittsmarken verlieren alle für 1931 gültigen Marken mit dem 31. Dezember ihre Gültigkeit und dürfen nach diesem Tage zur Quittierung der Beiträge nicht mehr verwendet werden. Diese Marken sind spätestens mit der Abrechnung des vierten Quartals an die Hauptkasse einzuliefern.

Betr.: Abrechnung für das 4. Quartal.

Um die Abrechnung vom 4. Vierteljahr, wie vorgeschrieben, bis zum 15. Januar 1932 an die Hauptkasse einbringen zu können, muß mit den Vorarbeiten schon im Dezember begonnen werden. Die Hauskassierer müssen dafür sorgen, daß jeder Kollege Ende Dezember sein Buch für 1931 in Ordnung hat. Pünktliche Abrechnung mit dem Ortsgruppen bzw. Verwaltungsstellenkassierer ist weiteres Erfordernis.

Betr.: Jahresabschlussmarken.

Jedes Mitglied, das seinen Beitragsverpflichtungen dem Verbands gegenüber nachgekommen ist, erhält eine Schlussmarke mit dem Aufdruck "Verpflichtungen erfüllt 1931" ausgehändigt. Beitragsverpflichtungen sind dann erfüllt, wenn neben den wöchentlichen Beiträgen auch die durch die zuständigen Verbandsinstanzen beschlossenen Lokalfonds-, Bezirks- bzw. Arbeitslosenbeiträge geleistet sind. Ferner, wenn im Mitalliedsbuch in jedem Wochenfeld eine Marke geklebt ist. Nur dann darf dem Mitglied die Schlussmarke ausgehändigt werden. Das Einkleben der Jahresabschlussmarke erfolgt durch die Verbandsangestellten.

Mitglieder, die ihren Beschäftigungs- oder Wohnort wechseln, sind laut § 19 der Verbandsatzung verpflichtet, sich vor der Abreise beim Vorstande ihrer bisherigen Verwaltungsstelle ab- und sofort nach Ankunft im neuen Aufenthaltsort bei der neuen Verwaltungsstelle anzumelden. Das Mitgliedsbuch ist bei Ab- und Anmeldung vorzulegen.

Falls im neuen Aufenthaltsort eine Verwaltungsstelle oder Ortsgruppe unseres Verbandes nicht besteht, ist die Anmeldung beim Hauptvorstande, Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-4, schriftlich zu tätigen. Es wird dann von dort aus die Zuordnung des Verbandsorgans erfolgen.

Der Hauptvorstand, J. A. Wiedeberg.

Bücherschau

"Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!" Praktischer Wegweiser für Verbands- und Vereinsvorsitzende, für Versammlungsleiter, Verhandlungsführer usw. Fünfte Auflage. Von Chefred. C. Paquin. — Preis: Bei Voreinsendung Mk. 1,95 per Nachnahme Mk. 2,25. Zu beziehen durch den Selbstverlag des Verfassers: Chefred. C. Paquin, Höfel (Bez. Düsseldorf), Preußenstraße 1. — Postcheckkonto Essen 169 53.

Ein interessanter und ausführlicher Ratgeber in allen Fragen parlamentarisch korrekter Versammlungsleitung. Neben dem parlamentarischen Regelwerk sind auch die Bestimmungen des geltenden Rechts soweit mit behandelt, als ihre Kenntnis für jeden Vorsitzenden unerlässlich ist. Leichtfäglich und übersichtlich geschrieben, bildet das Werkchen eine Fundgrube von Hinweisen und praktischen Ratsschlüssen, aus denen auch der beschlagene Versammlungsleiter noch manches lernen kann.

Sterbetafel

Am 12. Dezember starb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter August Thiel im Alter von 78 Jahren an Lungenerkrankung. Er war seit Gründung des Verbandes treues Mitglied.

Ortsgruppe Wormditt.

Am 15. Dezember starb infolge einer Darmoperation unser treuer langjähriger Kollege Michael Schander (Zimmerer), Vorsitzender der Ortsgruppe Kerpen.

Verwaltungsstelle RM.

Ehre ihrem Andenken!

Möbel-Kamerling
Berlin Kastanienstr. 57
Ecke Fehrbelliner Str.
Speise-, Schlafr., Her-
renz., Küchen, Kassa
10% Rab. Teilzahlung



Vollständig kostenlos
den neuen fertigen Druck-Katalog
mit vielen wertvollen Geschenken
Satz-Belegheften, wie z. B. Brief
Kladderstiel, Doppelt
Klappzettel, etc. 4.90
Ohne Personal- oder Kreditkarte

Leff
den
Deutschen

Deutsch-Amerik. Schubgesellschaft
München P12 m. b. H. Ros-nstr 11